

Danziger Zeitung

Fernsprech-Anschluß Danzig:
Für Redaction und Expedition Nr. 16.

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Fernsprech-Anschluß für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 22989.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fideles Blätter“ und den „Westpreussischen Land- und Hausfreund“. Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglicher zweimaliger Zustellung durch unsere Botenfrauen 2,60 Mk., bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglicher zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inserate kosten für die siebengezeigte gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Die Grenzen der Militärgerichtsbarkeit.

In der Reichstagscommission für die Militärstrafprozeßordnung ist es bereits zu grundsätzlichen Erörterungen und zu bedeutungsvollen Abstimmungen über die Ausdehnung und die Begrenzung der Militärstrafgerichtsbarkeit gekommen. Der dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf hat wider Erwarten die Grenzen der Militärstrafgerichtsbarkeit nicht eingengt, sondern erweitert, wogegen sich in der Commission entschiedener Widerspruch erhoben hat. Die Commission hat nach mehreren Richtungen hin trotz des entschiedenen Widerspruches der Regierungsvertreter die Grenzen der Militärgerichtsbarkeit erheblich kürzer gezogen. Es ist beschlossen worden, daß die Offiziere z. B. nur dann der Militärgerichtsbarkeit unterliegen sollen, wenn sie entweder im activen Heere vorübergehend wieder Verwendung finden, oder wenn es sich um Vergehen wegen Zweikampfes handelt. Ferner wurde die Militärgerichtsbarkeit für alle Militärpersonen soweit eingeschränkt, daß sie den bürgerlichen Gerichten unterstellt werden sollen, wenn es sich um Zivilverhandlungen gegen die Finanzgehe etc. handelt. Ein weitergehender Antrag des Centrums über die Ausdehnung der Competenz der bürgerlichen Gerichte bei von Militärpersonen begangenen Verbrechen wider die allgemeinen Strafgesetze wurde fürs erste zurückgezogen.

Die Forderung, die Militärgerichtsbarkeit weitgehend zu beschränken, ist sehr alt, und wir dürfen heute ein Jubiläum dieser Forderung begehen. Es sind jetzt gerade 90 Jahre her, seit Friedrich Wilhelm III., nach dem Zusammenbruch des preussischen Armeesystems, an den Justizminister v. Schrötter und an den Generalauditeur v. Könen eine vom 21. Januar 1808 datirte Cabinetsordre richtete, in der er die Frage aufwarf, ob die Militärgerichtsbarkeit künftig nicht bloß auf Dienstvergehen und Dienstvergehen einzuschränken sei; diese Einschränkung finde bereits in England und Frankreich statt und könne der neuen Organisation der Armee, nach der jeder Unterthan ohne Unterschied des Standes zum Militärdienst verpflichtet werde, zu entsprechen. Der König ertheilte den Befehl zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, durch den die Beschränkung der Zuständigkeit der Militärgerichte durchgeführt werden sollte. Für die Reform traten Stein, Scharnhorst und Justizminister v. Schrötter ein. Dieser erklärte in seinem Gutachten, daß die bisherige Militärgerichtsbarkeit in Friedenszeiten bis auf die Dienstvergehen den Civilgerichten zu übertragen, nur die kleinen gemeinen Diebstähle unter 5 Thaler an Werth und die kleinen Betrügereien von gleichem Object zu den Disciplinargesetzen zu rechnen und deren Befragung den Militärbehörden zu überlassen sei, da auch das allgemeine Strafgesetz sie nur polizeimäßig gerügt wissen wolle. Bald aber gewann die reactionäre Partei die Oberhand und der Entwurf der Militärgerichtsbarkeit scheiterte ebenso wie der später von dem Generalauditeur Dr. Karl Frickius entworfene. Dieser, der Jahrzehnte lang preussischer Generalauditeur gewesen ist, galt nicht nur als der beste Kenner des Militärrechts, sondern er war auch ein vorzüglicher Offizier, der selbst an der Spitze der ostpreussischen Landwehr in der Schlacht von Leipzig das Grimmelste Thor

gestürmt hat. Frickius hat einen Entwurf eines „Deutschen Kriegsrechtes“ ausgearbeitet und mit einem umfangreichen „Rechtfertigungsbericht“ versehen. Er macht darin einen Unterschied zwischen Kriegsverbrechen und gemeinen Verbrechen, und er sagt in § 154, daß jedes gemeine Verbrechen vor die bürgerlichen Gerichte gehöre. Der Entwurf von Frickius fand keine Anerkennung, aber die von ihm aufgestellten Forderungen waren damit nicht beseitigt. Auch der deutsche Reichstag erklärte am 5. März 1870 mit großer Mehrheit, daß die Zuständigkeit der Militärgerichte im Frieden auf Dienstvergehen der Militärpersonen beschränkt werden müsse, und zu den Antragstellern gehörte der frühere Justizminister v. Bernuth.

Daß eine Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit, wie der Entwurf der Regierung sie festsetzen will, geboten ist, wird kaum irgendwo bestritten werden, da besonders die Vermehrung der nicht mehr dem activen Heere angehörigen und in bürgerlichen Verhältnissen stehenden Militärpersonen vor die Militärgerichtsbarkeit schon oft zu den größten Unzuträglichkeiten Anlaß gegeben hat. Erst kürzlich wurde berichtet, daß in Kiel das bürgerliche Gericht sich gegenüber einem Redacteur, der wegen einer Uebertretung angeklagt war, unzuständig erklären mußte, weil der Redacteur als Offizier der Militärgerichtsbarkeit unterstand. Dieser Fall steht keineswegs allein da. Es ist auch vorgekommen, daß ein Pferdehandwerker, der verurteilt war, den Schmutz von den Säulen wegräumen zu lassen, vor dem Gericht, bei dem er angeklagt war, die Erklärung abgab, diese Angelegenheit zu beurteilen sei nur das Militärgericht zuständig, da er Major sei. Militärgerichte haben auch die Frage zu prüfen gehabt, wie ein Gutsbesitzer wegen Mißverfälschung zu verurtheilen sei, da der Gutsbesitzer Reserveoffizier war. Bei dem Fall Koke haben selbst conservative Blätter zugegeben, daß zur Beurteilung dieser Sache das bürgerliche Gericht geeigneter gewesen wäre als das Militärgericht. Die Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit, wie sie von der Commission des Reichstages beschlossen wurde, wird man schwerlich als übermäßig und mit der Disciplin des Heeres nicht im Einklang stehend bezeichnen können. Trotzdem wird es bis auf weiteres als zweifelhaft gelten müssen, ob auf dieser Basis eine Einigung zwischen Regierung und Reichstag zu erzielen sein wird.

Deutschland.

Ein Diplomat über die Drenfus-Affaire.

Der Berliner Correspondent des „Budapester Hirap“ hatte mit einem sehr hochgestellten Diplomaten in Berlin, wie das Blatt berichtet, eine eingehende Unterredung. Der Diplomat erklärte u. a., daß niemand mehr in Paris die Annahmen glaube, welche über Deutschlands angebliche Beziehungen zu der Drenfus-Affaire colportiert worden seien. Der Ministerpräsident Méline habe sich dem deutschen Botschafter Grafen Münster gegenüber, als ihn dieser im Auftrage des deutschen Kaisers in der Angelegenheit befragte, entschuldigt. Weiter erklärte der Diplomat, die Angelegenheit sei eine rein antisemitische und nach seinen persönlichen Empfindungen halte er Drenfus für nicht schuldig. Rußland sei seiner Meinung nach ebenso wenig an der

Sache Drenfus beteiligt; Casimir Periers Rücktritt hänge auch nicht damit zusammen, denn dieser sei wegen ununterbrochener Zwistigkeiten mit den Ministern erfolgt; die Gemahlin des Präsidenten hätte zu Duzenden Drohbriefe erhalten. Der Präsident Faure verhalte sich äußerst vorsichtig und dürste sich nicht einmal im intimsten Privatverkehr über die Sache äußern. An einen plötzlichen Umschwung in Frankreich glaube er jetzt nicht. Méline sei sehr stark und alles, was man vielleicht heute bei der Regierung und ihren Anhängern noch nicht versteht, geschehe wegen der kommenden Wahlen, für die Méline, äußerst thatkräftig wie er sei, alles dransetze, um die Wahlen persönlich zu leiten und zu siegen.

Wie dem „B. Z.“ von gut unterrichteter Seite aus Brüssel gemeldet wird, verlautet daselbst, daß die dort untergebrachten Papiere des Obersten Picquart 18 Briefe des Generals Gonse enthalten, welche beweisen, daß im Oktober 1896 die Verhaftung Esterhazys wegen des Bordereau bereits beschlossen war, als General Boisdeffre intervenirte und eine andere Wendung herbeiführte. Das Actenmaterial enthält noch andere Briefe von Generalstabsoffizieren.

Die Socialpolitik des Grafen Posadowsky.

Das „vertrauliche“ Rundschreiben des Reichskanzlers an die verbündeten Regierungen in Sachen der Coalitionsfreiheit der Arbeiter hatte eine Reihe von Fragen gestellt, um deren Beantwortung der Reichskanzler, als dessen Vertreter Graf Posadowsky agirt, ersucht hatte. Man mußte also annehmen, daß die Reichsregierung ihre künftigen Entscheidungen von dem Inhalt der Antworten abhängig machen wolle. Die Erklärungen des Grafen Posadowsky im Reichstage haben aber bewiesen, daß er für seinen Theil jetzt schon zu einem gesetzgeberischen Eingreifen entschlossen ist und daß das Material, dessen Beschaffung er von den Regierungen verlangt, die Maßregeln, die er im Auge hat, begründen soll. Die Unbefangenheit, mit der der Staatssecretär im Reichstage den Stimmenden Anregungen gefolgt ist, könnte fast zu der Annahme führen, daß dem Staatssecretär der Rath der vertraulichen Actenstücke an die Presse erwünscht gewesen sei; der Fragesteller verwandelt sich plötzlich in ein „Manifest“ und der Staatssecretär erklärte, er werde mit diesem Manifest in der Hand in den Wahlkampf ziehen! Mit geheimen Erlässen pflegt man sonst nicht „in den Wahlkampf zu ziehen“.

Im Eifer des Gefechts hat der Staatssecretär sogar Erklärungen citirt, welche Herr v. Berlepsch, der Urheber des Arbeiterschutzgesetzes, im Jahre 1891 im Reichstage abgegeben, hat und hinzugefügt, Herr v. Berlepsch habe auf demselben Standpunkte wie das Reichsrecht gestanden. Aber Herr v. Berlepsch, den der Staatssecretär als Kronzeugen citirt, ist gar nicht der Ansicht, daß es bei Maßregeln der 1890 beantragten Art sein Bemühen haben solle. Hat er doch unlängst in der Zeitschrift für sociale Praxis die Nothwendigkeit nachgewiesen, gleiches Recht für die Arbeitgeber und die Arbeiter in dem Sinne zu schaffen, daß die Coalitionsfreiheit auf solche Arbeiter - Vereinigungen ausgedehnt werde, die generell für die Verbesserung der Lage der Arbeiter - nicht nur einer bestimmten Gruppe derselben - und nicht nur durch Einzelmäßregeln, sondern auf dem

Wege der Gesetzgebung und Verwaltung eintreten. Der frühere Handelsminister hat dabei nachgewiesen, daß diese engere Interpretation des § 152 der Gewerbeordnung lediglich durch Entscheidungen der Gerichte herbeigeführt worden ist. Die Absicht des Herrn v. Berlepsch trifft also mit der ersten Forderung des Antrags Pachtische zusammen. Ist Graf Posadowsky damit einverstanden?

Auf wie bedenklichen Wegen der Staatssecretär wandelt, ergibt sich am unzweideutigsten aus dem Beifall, den seine Auslassungen gerade bei denjenigen finden, die die Socialdemokratie außerhalb des gemeinen Rechts stellen möchten. Wir haben in der heutigen Morgennummer bereits mitgeteilt, wie weit sich die „Hamb. Nachr.“ in dieser Beziehung verschieben, daß ein Socialdemokrat weder Wähler noch wählbar sein solle. Sind das die Bundesgenossen, mit denen Graf Posadowsky in den Wahlkampf ziehen will?

* Berlin, 20. Jan. Von bestunterrichteter Seite erzählt der „Hamb. Corresp.“, daß eine Reise des Kaisers im Sommer nach England überhaupt nicht geplant war. Die von der „Aoln. Volksztg.“ an das Unterbleiben der Reise geknüpften Gerüchte und Folgerungen entbehren daher jeder Begründung.

* [Herzog Ernst Günther], der Bruder der Kaiserin, ist nach Schloß Brinkenhau in Schlesien abgereist. Der Herzog hat länger als zwei Monate in Berlin im Hotel Bristol zubringen müssen, nachdem er von dem Leiden befallen worden war, das ihn auf das Krankenlager warf. Auch zur Zeit bedarf er noch sorgfältiger Schonung.

* [Festmahl.] Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe wird auch in diesem Jahre am Geburtstage des Kaisers die Botschafter und Gesandten zu einem Festmahl einladen.

* [Petition einer Anwaltskammer.] Der Vorstand der Berliner Anwaltskammer hat eine Petition an den Reichstag gerichtet, dahin gehend, daß die Bestimmungen der Reichs - Militärstrafprozeßordnung wegen der Vertheilung dahin abgeändert werden möchten, daß jeder zugelassene Rechtsanwalt bei bürgerlichen Verbrechen und Vergehen von Militärpersonen zu deren Vertretung berechtigt sein solle.

* [Inschriften in russischer Schrift] kann man, wie der „Volksztg.“ geschrieben wird, am Portal der Brandenburger Kurfürstengalerie und auf einer Tafel am Artillerie - Übungsplatz in Berlin bemerken. Diese Aufschriften dienen dazu, den Soldaten das Lesen russischer Schrift nach und nach beizubringen. Es sind zu diesem Zwecke an vielen Stellen Aufschriften, wie z. B. „Nach Schmerz“, „Nach Geduld“, „Nach der Ration“, „Nach der Aierne“ u. s. w. angebracht. Diese Aufschriften werden öfter gewechselt, um immer neue Buchstaben zu veranschaulichen.

* [Die Dresdener Handelskammer] hat eine Umfrage über die Vermehrung der deutschen Kriegsschiffe veranstaltet. Sammelte Antworten aus der Großindustrie, dem Handwerk, dem Großhandel und dem Kleinhandel sind für die Vermehrung.

Italien.

* [Die Demonstrationen in Ancona], die sich eigentlich nur als Verzeiungshandlungen des Hungers und ein Protest gegen die staatliche Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel darstellen, sind in der Stadt selbst, dank dem

schwächliche Frau bekommen würde; Indisch Mutter sei ja bekanntlich an der Schwindsucht gestorben“. Eine Thatfache, die zwar keineswegs auf Wahrheit beruhte, der guten Mutter Dfers aber doch ein paar sorgenvolle Stunden bereitete.

Im Hause Borstewitz nahm man die Sache ziemlich gleichgültig auf. Dort war man jetzt mit wichtigeren Dingen beschäftigt; eine vornehme Tante hatte Schwieg auf der Berliner Hochzeit kennen gelernt und sie aufgefordert, das kommende Jahr bei ihr in Dresden zuzubringen. Schwieg sollte die Hofbälle besuchen! Und in Vorahnung dieser Freuden schwelte sie, und die ganze Familie mit ihr, jetzt schon hoch, himmelhoch über der stichigen Alkoholverbitterten Bürgeratmosphäre.

Die ein Hagelstich fiel die Botschaft aber in Eischen Meyers liebendes Gemüth. Zuerst gab es einen heftigen Weinkampf; Eischen nannte den Baumeister einen „herzlosen Verräther“, wollte nichts mehr von der Villa hören, der Papa sollte sie nur verkaufen oder „den Armen schenken“; bei Tisch starrte die kleine düster auf ihren Zeller, alle Fleißarbeiten verschmähend und Abends, bis Mitternacht, las sie Censurliche Gedichte. Aber lange hielt die Verweilung nicht an. Da kam Senator Böllmanns jüngerer Sohn aus England zurück, ein hübscher, alberner Junge, und plötzlich legte Eischen den Censur bei Seite, daß sie wieder tüchtig satt, interessirte sich lebhafter denn je für ihre Villa und vergab dem Verräther. Ja, als derselbe nach drei Monaten sein liebliches junges Weib nach Hamburg brachte und in dem Meyer'schen Hause einführte, beehrte das warmglühende „Eischen“ Frau Indisch sogar unverzüglich mit einer glühenden Backstischwärmerel.

Friß und Indisch aber merkten gar nichts, weder von dem Wohlwollen, noch von dem Mißfallen, welches sie umrandete; sie sahen in sich und um sich her nur eine Welt voll strahlenden Sonnenlächens!

Feuilleton.

Sanitätsraths Türkin. (Nachdr. verboten.)

40) Eine Altschad-Geschichte von Alaus Rittlandt.

(Schluß.)

Indisch fühlte anders; sie war nicht minder glücklich, aber ihr Glück konnte sich noch nicht zum Jubel erheben — es war mehr ein Ausruhen vom Leid — ein süßes, warmes Heimathgefühl; schwer lag ihr Kopf an seiner Brust; sie schloß die Augen unter seinen Liebkosungen und ließ alles geschehen, ruhig, willenlos, vollbefriedigt.

Plötzlich kam ihr der Gedanke, wer dort im Nebenzimmer lag und sich nicht mehr an ihrem Glück freuen konnte. Sanft löste sie sich aus des Geliebten Armen los.

„Nimm nun zu ihm“, sagte sie, sich erhebend und führte ihn vor das blumenduftete Todtenlager. Schluchzend beugte sie sich über den Leichnam, die gefalteten wachgelben Hände küßend. Und auch des glücklichen Mannes Thränen. „Er Augen füllten sich mit Thränen.“

„Er wollte es nicht glauben, daß wir auf ewig von einander scheiden konnten“, erzählte Indisch dem Verstorbenen. „Wenn er dich einmal lieb gewonnen hat, dann kommt er wieder, sagte er damals, und er hat Recht behalten!“

Da war es, als ob der stille Friedensausdruck auf dem Antlitz des Todten sich zu einem milden, gütigen Lächeln verklärte.

Und wenige Stunden später, da war dieses milde Antlitz für ewig dem Licht der Sonne entrückt. Die Erde hatte ihren Zoll erhalten.

Am nächsten Morgen führte der junge Baumeister seine Braut in das kleine Fischerhaus mit der schiefen Schür. Mutter Dfers war außer sich vor Freude; wieder und immer wieder streichelte sie Indischs Wangen, nannte sie „mein leib Döchtling“, behauptete, sie habe es längst gemerkt, daß ihr Fräulein nicht von seiner Liebe

lassen könne, und dann wollte sie wissen, ob Indisch auch „Ente auf mehlendörge Art“, Frißens Leibgericht, zu kochen verstünde. Indisch bat, daß Mutter Dfers sie in die Küche nehmen möchte und es wurde ausgemacht, daß sie, sobald die Pflichten, welche noch in dem verfallenen Haushalt ihrer harrten, erledigt wären, ganz zu den Schwiegereltern übersiedeln sollte.

Der alte Fischer sagte sehr wenig, aber die ganze Zeit über hielt er Indischs Hand fest in seiner derben, ausgearbeiteten Faust und dann und wann nickte er seinem Sohne freundlich schmunzelnd zu, als ob er sagen wollte: „Das hast du gut gemacht, mein Junge!“

Zwei Tage später reiste Friß Dfers nach Hamburg zurück, auf ein Vierteljahr. Dann wollte er wiederkehren — zur Hochzeit! Die Kunde von der Verlobung rief natürlich in Althow und Umgebung die gebührende Aufregung hervor. Besonders warmen Antheil nahmen die Ströbenhager. Armgard Romin schrieb Indisch sofort ein herzliches Briefchen und bat die glückliche Braut, sich doch ihre Gratulation selbst in Ströbenhagen abzuholen, da sie, Armgard, noch strengen Stubenarrest hätte. (Vor vier Wochen war der erwartete Erbe eingetroffen.) Am nächsten Tage wurde sie ihr einen Wagen nach Althow schicken. Indisch folgte gern dem freundlichen Rufe. Was war da für eine Veränderung vor sich gegangen; die burschikose kleine Sportbaronin kaum wieder zu erkennen in dem langwallenden Hauskleide, ein Häubchen auf dem rothen Aushaar, so weich und weiblich, fast schon geworden durch den glückseligen Ausbruch, mit welchem sie Indischs Anerkennungsworte für die Schönheit und „Strammheit“ des kleinen jappelnden „Curt Friedrich“ entgegennahm. Und der Baron, war das der gefährliche „schöne Romin“, dieser stolze, fast allzu fürsorgliche Vater, der um jede Kleinigkeit in der Kinderstube genau Befcheid wußte, und der seiner jungen Frau so jählich warm die Hand küßte, während früher seine an Armgard gewandten Liebesbezeugungen immer etwas be-

dauernswerth Flüchtigtes, Mechanisches an sich gehabt hatten?

Eine große, wunderbare Veränderung! Indisch empfand es deutlich und froh: In Ströbenhagen war das Glück eingezogen.

Etwas gemüthlicher waren die Empfindungen, welche die große Neugier in Althow erregte. Die Fähigkeit, sich am Glück eines Nebenmenschen zu freuen, ist nicht vielen eigen. Das Unglück ruft überall eble Regungen wach — das Glück muß sich mit schwachem Applaus begnügen.

„Ja, der Baumeister hat Glück gemacht; dieses reizende Mädchen!“ meinte Senator Jürgens; seine Frau aber erwiderte: „Ich dachte, mit dieser Schönheit war es nicht mehr mehr her. Sie kann froh sein, daß er sie noch nimmt; aber solchen Aoketten glückt ja alles!“

„Ich gönne es ihr“, rief Frau Justizrath Aregmann und — sprach die Wahrheit. Das Eis um des dicken Affessors Herz war nämlich nun doch noch geschmolzen; bald sollten auch aus dem Justizrathshause die schicksalsschweren gedruckten Briefchen in die Welt hinauswandern.

„Ein liebes Mädchen“, meinte Frau Gutsbesitzer Dräsel, „aber ob ihre häuslichen Kenntnisse für die Ehe ausreichen? Es ist doch ein schönes Gefühl, wenn man seine Töchter so ganz fertig für ihren künftigen Hausfrauenberuf herangebildet hat; nicht wahr verehrter Herr Lieutenant?“ Herr v. Pangaden war nämlich gerade bei Dräsel's Juwel. Er murmelte irgend etwas Bestimmendes, steckte ein großes Stück Kalbsbraten in den Mund und nahm sich vor, den Verkehr mit Dräsel's künftig lieber etwas einzuschränken. Die Sache wurde b-denklich!

Pastor Düsterling fand es „bedauerlich“, daß sich die jungen Leute so direct nach dem Todesfall, am Tage des Begräbnisses, verlobt hatten, wahrlich kein geeigneter Moment!

Und die Frau Pastorin sprach der alten Tischlerfrau bei einer Begegnung mit ihrem Glücksmund zugleich ihr Bedauern darüber aus, „daß der Herr Baumeister leider eine sehr, sehr

energischen Eingreifen der Behörden, unterdrückt, dagegen nicht in den Vorstädten und in der Provinz.

Man hat in Ancona unzählige Verhaftungen vorgenommen, darunter die einiger Leute, welche verdächtig sind, das Landhaus eines Gelehrtenhändlers angezündet zu haben. Eine Barrikade, welche gestern ein Haus von Socialdemokraten und Anarchisten am Bahnhof zu errichten begann, wurde von der Polizei nach kurzer Gegenwehr wieder zerstört. Truppendetachements durchstreifen ohne Unterlaß die Straßen der Stadt; die Läden sind wieder geöffnet.

Aus Macerata wird eine Rundgebung zahlreicher Personen gemeldet, die vor das Rathaus zogen und stürmisch eine Herabsetzung der Brodpreise forderten. Die Polizei zerstreute die Manifestanten und führte mehrere ins Gefängnis.

Auch in Genua begab sich Mittwoch früh eine Volksmenge vor das Rathaus und verlangte Maßnahmen wegen des Brodpreises. Die Manifestanten erhielten eine befriedigende Antwort. Trotzdem drang ein Volkshaufe, unter denen sich besonders viele aufgeregte Frauen befanden, in den Bahnhof und die Lagerhäuser ein und plünderte die Korn- und Maisvorräthe. Truppen, welche aus Fano herbeigeordnet waren, stellten die Ruhe wieder her.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 19. Januar 1898.

Am Ministertische: Schönstedt, Dr. v. Miquel.

Die erste Staatsberatung wird fortgesetzt. Justizminister Schönstedt führt in längerer Rechtsberatung aus, daß die gestern von dem Abg. Mottig (Pole) gegebene Auslegung des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch, daß danach im Jahre 1900 mit dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuchs das Anordnungsgebot außer Kraft trete, rechtsirrtümlich sei. Die angelegene Bestimmung des Einführungsgesetzes biete weder nach ihrem Wortlaut noch nach ihrer Entstehungsgeschichte zu der Mottig'schen Annahme einen genügenden Grund.

Abg. Schmieding (natlib.) schließt sich den Beschwerden des Abg. v. Gnern betreffend das Verfahren bei der Behandlung von Steuerdeklarationen und die vielfachen Beanstandungen an und richtet an den Minister die Bitte, Vorkehrungen zu treffen, damit die damit verbundenen Belästigungen des Steuerzahlenden Publikums vermieden werden. Bevor der Abg. Graf Limburg-Sturum ein wegwerfendes Urtheil über die Anale, insbesondere den Dortmund-Emskanal ausspreche, solle er doch erst abwarten, wie sich die Verhältnisse dieses letzteren Wasserwerkes gestalten würden. Er stimme dagegen mit dem Grafen Limburg-Sturum überein, wenn er die Finanzlage eine glänzende, aber gefährliche nennt. Es sei ein abnormer Zustand, wenn fünf Ael der sämtlichen Staatseinnahmen aus der Eisenbahnverwaltung herrühren. Der Eisenbahnminister Manbach habe seiner Zeit bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen erklärt, auch das Verkehrsinteresse des Publikums solle durch die Verstaatlichung gewahrt werden, aber es sei bisher nichts geschehen. Der Staat sei heute hungrier auf die Eisenbahnerträge als es früher die Aktionäre der Privatbahnen auf die Dividenden gewesen seien. Sorge man auch dafür, daß nach vor den Wahlen die Unzufriedenheit der Unterbeamten beseitigt werde.

Eingegangen ist ein Antrag Sattler, den Eisenbahnen eine besondere Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Minister Dr. v. Miquel hat gegen eine gründliche Prüfung des Eisenbahnbetriebs nichts einzuwenden, da er überzeugt sei, daß die erhobenen Vorwürfe sich als vollständig haltlos erweisen werden. Für die Erleichterung der Gemeindefinanzen hat man positive Vorschläge nicht gemacht. Anerkennung müsse man doch, daß bei uns den Gemeinden die gesamten Realsteuern überwiesen sind, eine Leistung, die noch kein anderer Staat der Welt unternommen habe. Die Ursache des kommunalen Steuerdrucks liegen in den gesteigerten Bedürfnissen der Gemeinden, die sich alles das leisten zu können glauben, was sie in anderen Ländern sehen. Was die Eisenbahnüberschüsse angeht, so ist es von Anfang mein Bestreben gewesen, zu vermeiden, daß Eisenbahnüberschüsse, die in Wirklichkeit gar keine Überschüsse waren, für allgemeine Staatszwecke verwendet werden. In diesem Bestreben bin ich den größten Schwierigkeiten begegnet, und ich bin gerne bereit, das den Herren in einer besonderen Commission noch klarer zu machen, womit ich aber für meine Person die Einsetzung einer besonderen Eisenbahn-Commission nicht empfohlen haben möchte. (Heiterkeit.) Böllig beitreten kann ich nur den Ausführungen des Abg. v. Gnern, daß bei der Führung unserer Wirtschaftspolitik eine Einigung zwischen Industrie und Landwirtschaft dringend nötig ist. Soweit wir der Landwirtschaft Vortheile zuwenden können, ohne andere Bedürfnisse zu schädigen, muß es geschehen. Die Anschaffung, daß dies eine reactionäre junkerliche Politik sei, findet immer weniger Anhänger, und wenn sie einmal überwunden sein wird, dann wird sie auch nicht mehr wiederkehren. In diesem Sinne habe ich auch früher von einer Politik der Sammlung auf wirtschaftlichem Gebiete gesprochen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Porz (Centr.): Das Centrum wird, wie schon früher, so auch diesmal gegen die Einsetzung einer besonderen Eisenbahn-Commission stimmen und daher den Antrag Sattler ablehnen. Aus Anlaß der Ueberlegungen in Schießen ist Staatshilfe in Aussicht gestellt; hier wäre größere Beschleunigung am Platze. Ein Wahlgeld ist leider dem Landtage nicht in Aussicht gestellt. Wir würden wenigstens ein Communalwahlgeld gern gesehen haben, da die Mißverhältnisse hier in Folge der Steuerreform unerträglich geworden sind. Wir werden einen Antrag in diesem Sinne einbringen. Die Errichtung einer preussischen Staatslotterie beim Papst hat früher Herr v. Gnern und seine Freunde nach anfänglicher Bekämpfung gebilligt. Die Staatsregierung habe auch die Zweckmäßigkeit der Staatslotterie anerkannt. Diese Staatslotterie hat auch jedenfalls nicht den Zweck gehabt, daß zwischen dem Oberhaupt der katholischen Kirche und dem summus episcopus der evangelischen Kirche in Zukunft jede Alternative auf kirchlichem Gebiete vermieden werden sollte. Ist es doch auch vorgeschlagen, daß die Annahme preussischer Prinzipien einen evangelischen Geistlichen nicht abstoße, in schärfer Weise gegen die katholische Kirche sich zu äußern. Der Papst aus der Canisius-Encyclica würde auch bei uns, wie z. B. in Holland, spurlos vorübergegangen sein. Wir haben keinen Haß gegen unsere Mitmenschen und wir wissen auch das Gleiche von dem Papste, dessen friedlich angelegter Geist jedem derartigen Haß fern steht. An die von dem Präsidenten des evangelischen Oberkirchenraths Herrn Barthhausen gesprochenen Worte, welcher versicherte, daß in dem Kampfe der Confessionen diejenige siegen werde, die am treuesten und festesten an ihrem Glauben hängt, knüpfe ich an, um den Anregungen entgegenzutreten, die Herr v. Gnern machte. Diesen Grundhaß haben wir schon früher von unserem vereinigten Führer Windthorst ausgesprochen gehört. (Beifall.)

Abg. Dr. Irmer (conf.) erklärt, daß nach der Ansicht seiner Freunde die Canisius-Encyclica keinen Einfluß auf die Entscheidung über die Staatslotterie beim Vatican über. Auf eine Zustimmung meiner Freunde zu seinem Antrage kann Herr v. Gnern nicht rechnen. Wir wünschen alles zu vermeiden, was den Frieden der Confessionen stören kann. Auf eine Auslegung der Canisius-Encyclica und auf eine Erörterung ihrer Wirkung lassen wir uns hier nicht ein, da wir doch

von den Gegnern niemanden überzeugen würden. (Bravo rechts.)

Abg. Göttheim (freis. Vereinig.) bemängelt es, daß im Etat die Einnahmen niedriger veranschlagt sind, als es thatsächlich der Fall sein werde. Gegen den jetzigen Voranschlag würden wir mindestens 50 bis 60 Millionen mehr Einnahmen haben. Der Zweck dieser Veranschlagung sei wohl darin zu suchen, daß der Minister möglichst große Summen zur Schuldenentlastung zur Verfügung haben wolle. Aber gerade durch das Schuldenentlastungsgesetz sei der Finanzminister gezwungen, einen etwaigen Ueberfluß in vollem Umfange zur Schuldenentlastung zu verwenden. Wenn gesagt sei, daß die Communen ihre Steuerquellen nicht genügend ausnützen, so stimme das nicht ganz, denn es blieben den Gemeinden nur wenig Steuerquellen übrig. Er freue sich, daß jetzt auch der Abg. Frhr. v. Sedlitz endlich eine Tarifermäßigung fordere, da gerade dessen Freunde stets alle Anträge auf Tarifermäßigung bekämpft hätten. Offenlich würde er in dieser Beziehung in Zukunft etwas mehr Entgegenkommen finden. Daß für die Beamten etwas geschehen sei, erkenne er an, aber das reiche bei weitem nicht aus; die beste Schuldenentlastung für den Staat seien neue Kapitalanlagen; deshalb sei der Bau von neuen Bahnliesen immer mehr zu fördern. Dadurch würde die Industrie einen großen Aufschwung nehmen, wie ja auch thatsächlich durch die Handelsverträge unsere Ausfuhr ganz wesentlich gestiegen sei. Bei der ablehnenden Haltung der Reichsregierung zu den Handelsverträgen liege eine Verleumdung zwischen Industrie und Landwirtschaft leider auf große Schwierigkeiten. Der Minister v. Miquel habe gestern zur Zufriedenheit ermahnt, er vergesse aber, daß gerade durch die zahlreichen Polizeigesetze im Interesse einer und zum Schaden einer anderen Klasse die Unzufriedenheit gesteigert wird. Die wenigen Rechte, die das Volk noch habe, würden durch Mißgriffe der Beamten geschmälert. Er sei kein besonderer Freund der Polizei, sondern halte dieselbe nur für ein notwendiges Uebel. Der Hauptgrund dieser Mißgriffe liege in der Schneidigkeit, die nicht nur keine Verbesserung, sondern eine Veräufschung der Tüchtigkeit sei. Das böse Beispiel der Landräthe und Regierungspräsidenten wirke auf die untergeordneten Organe potentirter weiter. Wie solle sich denn bei diesen Beamten der Begriff von Recht und Gerechtigkeit entwickeln? Der Minister des Innern möge in kräftiger Weise, als es bisher geschehen sei, auch den höheren Beamten zu Gemüthe führen, daß sie die Gesetze zu achten und die Rechte und Freiheiten des Volkes zu respectiren haben. Bedauerlich sei es, daß kein Wahlgeld eingebracht sei. Man brauche doch keine Erfahrungen zu sammeln, um eine Neueinteilung der Wahlkreise vorzunehmen. Das jetzige Wahlgeld sei eine Caricatur. (Sehr wahr! links.) Pflicht der Regierung wäre es, die versprochene Regelung vor den Neuwahlen durchzuführen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Friedberg (natlib.): Die Mängel unserer Eisenbahnverwaltung können wir nur auf die Finanzverwaltung zurückführen, denn wir wissen, daß der Herr Eisenbahnminister ein tüchtiger Verwaltungsbeamter ist, der diesen Uebeln abhelfen würde, wenn es von ihm allein abhängt. Bei der Canisius-Encyclica übersehen wir die Stellung des Papstes als eines weltlichen Souveräns; diesem gegenüber war in solchem Falle die Abberufung des Gefandten gerechtfertigt. In der Encyclica wird die Reformation als die höchste Steigerung der damaligen Sittenverbesserung geschildert, das muß Erbitterung bei den Evangelischen erzeugen, zumal diese Behauptung den historischen Thatfachen widerspricht. Mit den frieblichen Worten des Abg. Porz stehen die Thatfachen in Widerspruch, so die Gesinnung des Centrums, das ja eine Kampfpartei ist. Lassen Sie uns friebliche Thaten sehen, dann wollen wir Ihren Worten glauben. (Bravo!)

Abg. Dr. Vöhring (Centr.) erklärt es als eine historische Thatfache, daß Luthers Auftreten die damalige Sittenlosigkeit noch steigerte; das hat Luther selbst anerkannt. (Widerspruch.) Dem Papst hat es jedenfalls fern gelegen, den Evangelischen von heute Förderung der Sittenlosigkeit vorzuerwerfen. Soweit das Centrum eine politische Partei ist, mußte es dies sein, in notwendiger Folge der früheren Kirchenpolitik.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Sattler (Ueberweisung des Eisenbahnbetriebs an eine besondere 20er-Commission) wird abgelehnt.

Die üblichen Staatsheile gehen an die Budget-Commission.

Morgen (Donnerstag) 11 Uhr: Rechnungssachen. Novelle zum Gesetz betr. polnische Ansiedelungen. Schluß 3 Uhr.

Von der Marine.

A Kiel, 20. Jan. (Tel.) Der Aviso „Pfeil“ ist bei Linderum auf Grund gerathen. Der „Blücher“ und drei Torpedoboote sind zur Affizienz abgegangen.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

* Berlin, 20. Januar.

Im Reichstag kam man auch heute bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern über eine socialpolitische Discussion anlässlich des Posadowsky'schen Erlasses vom 11. December wenig hinaus. Die Sitzung wurde hauptsächlich ausgefüllt durch eine Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) und seinen intimsten Gegnern, den Socialdemokraten, deren Wortführer Abg. Fischer die schärfste Tonart anwendete und zur Ordnung gerufen wurde, weil er von der Schinderhannesbrutalität der Regierung sprach, die kaiserlichen Erlasse Wahlmanöver nannte und von einer scandalösen Rechtspflege redete.

Staatssecretär Graf Posadowsky bestritt, daß die Regierung sich in den Dienst des Unternehmertums gestellt habe. Abg. Jorns (natlib.) erklärte, er halte Maßregeln zum Schutze der Arbeiter gegen den Terrorismus der Streikenden für notwendig und beklagte den ungenügenden Vorgesatz, worauf ihn Graf Posadowsky durch eine entgegenkommende Auskunft beruhigte.

Morgen steht die Fortsetzung der Beratung auf der Tagesordnung.

Berlin, 20. Jan. Die Commission zur Beratung der Militärstrafrechtsreform ist heute erst bis § 8 gekommen. Bemerkenswert war, daß der Antrag des Centrumsabgeordneten Gröber, einen selbständigen Untersuchungsrichter in den Entwurf aufzunehmen, abgelehnt wurde. Der Kriegsminister v. Goltz erklärte, die bisherigen Beschlüsse hätten die Schwierigkeiten nicht vermindert. Diese berühren nicht allein die berechtigten Forderungen maßgebender militärischer Kreise, sondern auch die bisherigen gesetzlichen Befugnisse der einzelnen Bundesfürsten als Con-

tingentsherren, die nicht geneigt sind, eine weitere Verminderung ihrer Rechte zu concediren. Die Einheitlichkeit der Armee, welche durch die Reichsverfassung begründet ist, werde durchbrochen, wenn man einen Theil ihrer Angehörigen den bürgerlichen Gerichten unterstellen könne. Ich will nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß in der zweiten Lesung die Grundlage des Entwurfs wieder hergestellt wird.

Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 20. Januar.

(Fortsetzung aus der Abendnummer.) Das Abgeordnetenhaus erledigte heute die Novelle zum Ansiedelungsgesetz in erster Lesung. Da die Polen sich von der Debatte fernhielten, so erreichte dieselbe bei weitem nicht den hohen Grad von Leidenschaftlichkeit wie bei früheren analogen Gelegenheiten. Nach der (bereits telegraphisch mitgetheilten) Rede des Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe ergriß das Wort

Abg. Jagdzewski (Pole) und giebt namens der polnischen Fraktion eine Erklärung ab, welche besagt: Wir erneuern den schon 1886 erhobenen Protest gegen diese verfassungswidrige Maßregel, gegen die gewaltsame Germanisirung und Protektantisirung von ehemals polnischen Landestheilen. Wir erblicken darin ein Mißtrauen gegen die Polen, keineswegs ein landesväterliches Regiment. Wir werden uns an der weiteren Beratung, wenn uns eine besondere Veranlassung nicht dazu zwingt, nicht betheiligen.

Abg. v. Hennebrand und der Casa (conf.) tritt entschieden für die Vorlage ein, indem er die Regierung auffordert, mit großer Strenge vorzugehen, wenn sie das Ziel erreichen wolle.

Abg. Im Walle (Centr.) bekämpft die Vorlage, welche gegen die Verfassung verstoße und das Budgetrecht des Hauses beschränke. Die früheren 100 Millionen seien vergeudet und die neuen 100 Millionen würden auch vergeudet werden. Das sei Bismarck'sche Politik und er rufe dem Fürsten Hohenlohe zu: „Es thut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft sehe.“

Minister Frhr. v. Hammerstein weist mit Entschiedenheit den Vorwurf, daß in Polen und Westpreußen kein landesväterliches Regiment herrsche, zurück. Das preussische Königthum handle noch heute so, daß jeder nach seiner Fagion selig werden könne, aber der preussische König habe auch die Pflicht, das Königthum in den Ostmarken zu schützen.

Abg. Camp (freiconf.) steht durchaus auf dem Boden der Vorlage.

Abg. Munkel (freis. Volksp.) erklärt sich gegen die Vorlage, ein wirtschaftliches Bedürfnis liege nicht vor. Auch andere Provinzen hätten eine Unterstützung zur Kräftigung des Kleinbesitzes nötig. Mit dem Gelde sämtlicher Steuerzahler sollen einzelne Staatsangehörige ausgekauft werden. Durch solche Gesetze verschärfe man nur die Gegensätze. Nur eine milde Politik vermöge den Frieden herbeizuführen.

Finanzminister v. Miquel entgegnet, die ablehnende Haltung der Freisinnigen könne nach ihrer bisherigen Stellungnahme in nationalen Fragen nicht Wunder nehmen. Der Minister erinnert an die Boycottirung deutscher Apotheken, Aerzte und Handwerker durch die Polen; die besonnenen Elemente würden durch die rabiaten terroristen, in Frankreich würde man solchen Tendenzen ganz anders gegenüberstehen. Die Regierung wolle die Deutschen stärken durch culturelle und ideelle Mittel, durch Gründung deutscher Bibliotheken, Fortbildungsschulen, durch Gewinnung der Polen für Civil- und Militärdienst u. s. w. Er wünsche, daß beide Nationalitäten sich verständigen. Die Confession habe mit dieser nationalen Frage nicht das Geringste zu thun, um so mehr rechne er auf die Unterstützung des Centrums. Auf den blinden Freisinn dürfe man in nationalen Fragen nicht rechnen, der habe aber auf die Politik keinen Einfluß.

Nachdem noch von den Abgg. Geer (natlib.), Sattler (natlib.) und Graf Moltke (freiconf.) die Vorlage befürwortet worden war und Abg. Naddyl (Centr.) gegen dieselbe gesprochen hatte, wurde sie an die Budgetcommission verwiesen. Die nächste Sitzung findet am Montag statt. Auf der Tagesordnung steht die Aufhebung der Amteucautionen und das Comptabilitätsgesetz.

Reichsbank.

Berlin, 20. Jan. Der „Reichsanz.“ theilt mit: In der heute abgehaltenen Sitzung des Centralausschusses der Reichsbank führte der Vorsitzende Reichsbank-Präsident Koch aus, daß sich nach der gewaltigen Anspannung am Jahresabschluß nunmehr ein starker Rückfluß bemerkbar mache, insonderheit sei die Anlage um 271 Millionen, der Notenumlauf um 168 Millionen zurückgegangen. Sei allerdings noch um 32 Millionen kleiner als im Vorjahre, aber auch die Anlage um 40 Mill. kleiner, der Metallvorrath um 26 Mill. größer als im Jahre 1897. Das Gold, welches sich seit Ende des Jahres 1896 um 88 Mill. vermehrt habe, sei auch in den letzten Wochen anscheinlich gewachsen, noch in der vergangenen Woche habe die Reichsbank 5 Mill. aus dem Auslande erhalten. Der Discout am offenen Markt sei auf 3 1/4 Proc. in Berlin gefallen.

Berlin, 20. Jan. Die officiöse „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Einsetzung eines griechischen Prinzen zum Gouverneur von Areta wurde nur die Annexion Aretas durch Griechenland einleiten, was gewiß nicht den Grundzügen der Gerechtigkeit gegen die mohammedanische Bevölkerung der Insel und den Friedensinteressen im Orient entspräche.

Der Ausschuss der preussischen Aerzte-kammer wird am 31. Januar zur Beratung über den Ministerialerlaß betreffend den Gesetzentwurf der staatlichen Ehrengerichtbarkeit in Berlin zusammentreten.

Bei dem heute gefeierten Stiftungsfest des Vereins deutscher Studenten toastete der Rector der Universität, Schmoller, auf das weitere Ge-

delhen Deutschlands als gleichberechtigte Seemacht.

Der evangelische Oberkirchenrath wird Anfang Februar Herrn Pastor Koloff aus Pölin in Pommern nach Dar-es-Salaam senden als Pastor der Deutschen.

Paris, 20. Jan. Die Regierung wird einen Credit von 1 200 000 Francs zur Linderung des Nothstandes in Algerien verlangen.

Paris, 20. Jan. Wie der „Figaro“ meldet, hat die Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, welcher bestimmt, daß der „Pavillon de Flore“ genannte Flügel der Tuileries, worin sich das Ministerium der Colonien befindet, vom Jahre 1900 ab den fremden Gouvernoren als Residenz dienen soll.

Gladstones Befinden.

Cannes, 20. Jan. Der Zustand Gladstones giebt bei der Umgebung Anlaß zu einer gewissen Besorgniß. Obwohl Gladstone keinerlei Beschwerden fühlt, ist die Schwäche doch sehr groß.

Sola.

Paris, 20. Jan. Sola wird, wie jetzt feststeht, am 7. Februar vor dem Schwurgerichtshof erscheinen.

In dem heute abgehaltenen Ministerrath wies der Minister des Innern, Barthou, auf die in Paris und in der Provinz vorgekommenen Rundgebungen hin und gab bekannt, daß Maßnahmen zu deren Verhinderung getroffen seien, namentlich sei eine für Sonntag angekündigte große Versammlung gegen Sola verboten worden.

Danzig, 21. Januar.

[Zur Wechsel-Regulierung.] Am 23. Juli v. J. verhandelte, wie wir damals berichtet haben, das Abgeordnetenhaus über eine Petition von Familienältern (Fischern) aus Neufahr, betreffend die Schädigung der dortigen Fischer durch den neuen Weichseldurchstich. Das Haus beschloß, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Maßgabe, daß die Petenten möglichst im Nahrungsstande erhalten werden. Darauf hat die Regierung jetzt dem Abgeordnetenhaus Folgendes mitgetheilt: „Aus dem allerhöchsten Dispositionsfonds ist eine Summe bereitgestellt worden, um den durch den neuen Weichseldurchstich in ihrem Gewerbebetriebe behinderten betagten und gebrechlichen Fischern bis zum Austrag des schwebenden Verfahrens wegen Uebernahme derselben auf den Landarmenverband Unterstützungen zu gewähren, und denjenigen Fischern aus den Ortsgemeinden an der Danziger Weichsel, welche sich Wohnhäuser an dem neuen Durchstich erbauen wollen und die Mittel dazu sonst nicht aufbringen können, geschenkwiese Bauprämien und zinsfreie, allmählich rückzahlbare, hypothekarisch sicher zu stellende Darlehne zu bewilligen; endlich in besonderen Fällen auch Beihilfen in anderer Form zu gewähren. An zwölf betagte Fischer sind bereits Unterstützungen gewährt; ferner sind in sechs Fällen Bauprämien und in drei Fällen Baudarlehne bewilligt. Im Laufe des Winters werden voraussichtlich noch in sechs weiteren Fällen Darlehne bzw. Bauprämien zur Auszahlung kommen. Die übrigen Fischer werden erst im nächsten Frühjahr mit dem Bau neuer Wohnstätten beginnen. Der Landarmen-Verband der Provinz Westpreußen hat nun neuerdings beschloffen, dem Ortsarmenverband zu Neufahr eine angemessene Beihilfe zu den Armenpflegekosten zu bewilligen.“

Am 1. Juni v. J. verhandelte das Haus über eine Petition des Rittergutsbesizers Dr. Titten zu Adlig-Dollstädt, betreffend die Regulierung des Elbingerflusses etc. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß die Interessenten der östlichen Drauseniederung aus dem Verbanne der Weichsel- und Nogat-Regulierung entlassen werden. Diefem Beschluß hat die Regierung die Erfüllung versagt. Sie resolvirt auf denselben: „Nach nochmaliger Ermägung mußte dem bereits mehrfach geprüften Antrage nach wie vor die Berücksichtigung verweigert werden.“

[Reformirte Gemeinde.] Die Wahl eines zweiten Predigers an der hiesigen Gemeinde zu St. Petri und Pauli, die bekanntlich vom hiesigen Consistorium bereits bestätigt war, ist von einer Minorität der Gemeindeglieder angefochten worden und es liegt nun die Sache dem Oberkirchenrath vor. Seitdem tauchen in der Presse fast allmählich Meldungen und Gerüchte über angebliche Entscheidungen etc. auf. Wir glauben über die Angelegenheit recht zuverlässig informiert zu sein und haben deshalb von jenen, uns als unzutreffend bekannten Gerüchten neuerdings keine Notiz mehr genommen, denn die ganze Angelegenheit befindet sich beim Oberkirchenrath noch im Stadium der Prüfung. Allem Anschein nach wird dort die Entscheidung nicht ohne Mitwirkung des Generalsynodal-Vorstandes gefaßt werden und schon deshalb wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen.

[Zur Witzpieler an einem Lotterieloose.] Ist nachstehender Prozeß von besonderem Interesse: Drei in einem Vorort Berlins wohnende Brüder B. hatten seit einigen Jahren einen guten Bekannten, Herrn C., mit einem Geschehen an einem von ihnen gespielten Lotterieloose der preussischen Klassenlotterie betheiligt. Mündlich war vereinbart worden, daß der eine der Brüder B. die Erneuerungen zu jeder neuen Klasse und Ziehung besorgen und das Loos auch in seiner Verwahrung behalten solle. C. hatte nun seinen Antheil am Kaufpreise des Looses bis zu den ersten beiden Ziehungen der 196. Klassenlotterie bezahlt, die Bezahlung für die dritte und vierte Klasse jedoch erst nach Beginn der Ziehung der vierten Klasse angeboten, war aber, da die Zahlung zu spät erfolgte, von B. zurückgewiesen worden. Das Loos kam nun in dieser Klasse mit 75 000 Mk. heraus, und da B. die Zahlung des entsprechenden Antheils von 3948 Mk. 87 Pf. an C. verweigerte, so beschritt letzterer den Weg der Klage und erstritt auch bei der Civilkammer des Landgerichtes eine obliegende Entscheidung. Aus dem Urtheil geht hervor, daß die Gemeinschaft der Spieler für einen Witzpieler nicht dadurch verloren geht, daß er seinen Prämiensantheil nicht bezahlt hat. Darauf, daß der Kläger seinen Antheil für die dritte und vierte Klasse nicht bezahlt hat, kann der Beklagte sich danach nicht stützen, es müßte denn sein, daß aus den Behauptungen desselben hervorgeht, daß das Recht des Klägers, mit-

sind zu haben in der
Expedition der
„Danziger Zeitung“

